

# Frage 24

**Wie wurde die Stalin-Note von 1952 diskutiert? Das hätte doch zum Verzicht auf die sozialistische Entwicklung in der DDR geführt. Hat die KPD sich in einem Widerspruch zwischen der Politik der SED und den eigenen Interessen befunden?**

Nein! Die Note der SU trägt das Datum 10. März 1952 und sie war von der SU mit der DDR abgesprochen, dessen bin ich ganz sicher. In dieser Note wurde der Bundesregierung vorgeschlagen, Deutschland wiederzueineigen. Und zwar sollte die deutsche Regierung, hervorgegangen aus freien gesamtdeutschen Wahlen, kontrolliert von den Besatzungsmächten, an der Ausarbeitung vertraglicher Grundlagen für den Status eines einheitlichen neutralen Staates mitarbeiten. Zugleich wurde Deutschland das Recht auf nationale Streitkräfte zugestanden. Die einzige Bedingung dafür war eine militärische Neutralität und Blockfreiheit, denn das war ja die Zeit, als die westlichen Besatzungsmächte und die Adenauer-Regierung den Ritt nach Osten planten und mit dem Generalvertrag die Eingliederung der BRD in die NATO betrieben.

Mit dieser Note waren die KPD und die SED einverstanden.

Zum Zeitpunkt der Note gab es auch noch nicht die Absicht der DDR, die antifaschistisch-demokratische Ordnung, die sie geschaffen hatte, in den Sozialismus hinüberzuleiten.

Der Beschluss der DDR, die Grundlage für den Sozialismus zu schaffen, wurde erst im Juli 1952 auf der 2. Parteikonferenz der SED gefasst, als

# Frage 24

klar und offensichtlich war, dass die Adenauer-Regierung und die westlichen Besatzungsmächte die Note der SU ignorierten und ablehnend behandeln und damit die Spaltung Deutschlands zementieren.

Die DDR hatte nicht von vorn herein die Absicht gehabt, als eigenständiger Staat den Weg des Sozialismus zu gehen. Wir waren ehrlich dazu bereit, kein sozialistisches, sondern ein demokratisches, friedliches neutrales Gesamtdeutschland zu schaffen von dem nie wieder ein Krieg ausgeht. Der Beschluss, auf dem Gebiet der DDR den Sozialismus aufzubauen, war damals unserer Meinung nach die notwendige Antwort auf die Politik der Spaltung und ein notwendiger Schritt in Richtung Festigung des Friedens.

Aber darüber gab es damals in der SED unterschiedliche Meinungen und Auseinandersetzungen, über die wir informiert wurden. In der Geschichte der SED kann man auf Seite 297 lesen:

„Die Partei trennte sich von solchen Funktionären und Mitgliedern, die vor dem ideologischen Druck des Gegners oder vor Provokateuren zurückgewichen waren. Besonders Gewicht hatte dabei die Auseinandersetzung mit dem Mitglied des Polit-Büros und Minister für Staatssicherheit Wilhelm Zaiser und dem Kandidaten des Polit-Büros und Chefredakteur des Zentralorgans 'Neues Deutschland', Rudolf Herrstadt, die die Generallinie der Partei ändern, den von der 2. Parteikonferenz beschlossenen Kurs revidieren und den Aufbau der Grundlagen des Sozialismus hinauszögern wollten und hierbei mit fraktionellen Methoden arbeiteten. Sie wurden aus dem ZK und aus der SED ausgeschlossen.“

Egon Krentz schreibt in seinem Buch „Wenn Mauern fallen“:

„Bei der noch ausstehenden differenzierten Aufarbeitung der Ereignisse um den 17. Juni 1953 wird auch eine genauere Einschätzung

# Frage 24

der sowjetischen Deutschlandpolitik notwendig sein. Dabei wird es auch um die Rolle gehen, die die Gruppe um Polit-Büro-Mitglied Rudolf Herrnstadt, zu jener Zeit Chefredakteur des 'Neuen Deutschland' gespielt hat.“

Ich sage dies, weil hier u.U. heute andere Einschätzungen herauskommen als damals; damals jedenfalls haben wir die Schaffung der Grundlage des Sozialismus als eine richtige Antwort auf die friedensgefährdende Spalterpolitik der Adenauer-Regierung und der Westmächte angesehen.



Gegen die Spaltung Deutschlands: KPD-Wahlplakat 1952.